

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Deutsches
Jugendinstitut

AeJP Infosheet 1/2025

Andreas Rottach, Svenja Wielath,
Frederike Hofmann-van de Poll, Marit Pelzer

Jugend und Demokratie

Analysen demokratisch relevanter Einstellungen junger Menschen
in Deutschland und Europa auf Basis des European Social Survey

Forschung zu Kindern, Jugendlichen und Familien an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Fachpraxis

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit 60 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis.

Aktuell sind an den beiden Standorten München und Halle (Saale) etwa 470 Beschäftigte tätig, darunter rund 280 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Finanziert wird das DJI überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält es im Rahmen von Projektförderungen u.a. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Impressum

© 2025 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Deutsches Jugendinstitut
Nockherstraße 2
81541 München

Datum der Veröffentlichung Januar 2025

Deutsches Jugendinstitut
Außenstelle Halle
Franckeplatz 1, Haus 12/13
06110 Halle

Ansprechpartner:
Arbeitsstelle europäische Jugendpolitik (AeJP)
Telefon +49 89 62306-453
E-Mail aejp@dj.de

Inhalt

1	Partizipation: Schlüssel für die Demokratieförderung	5
2	Politisches Interesse	6
3	Politische Selbstwirksamkeitserwartung	7
4	Politische Partizipation	8
5	Zufriedenheit mit der Demokratie	12
6	Einstellungen gegenüber der Demokratie	13
7	Exkurs: Demokratieverbundenheit nach Parteienpräferenz	15
8	Kontextfaktoren	16
9	Junge Menschen und die Gestaltung und Aufrechterhaltung einer demokratischen Gesellschaft	18
	a) Die große Mehrheit junger Menschen in Deutschland hat eine demokratische Grundüberzeugung!	18
	b) Die Unzufriedenheit mit der Regierung ist nicht mit Unzufriedenheit mit der Demokratie als Staatsform gleichzusetzen!	18
	c) Vorhandenes politisches Interesse nutzen und stärken!	18
	d) Erfahrungen der politischen Selbstwirksamkeit ermöglichen!	19
	e) Einfluss von sozioökonomischen Kontextfaktoren auf soziales und politisches Engagement erforschen!	19
10	Literatur	20
11	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	21

1 Partizipation: Schlüssel für die Demokratieförderung

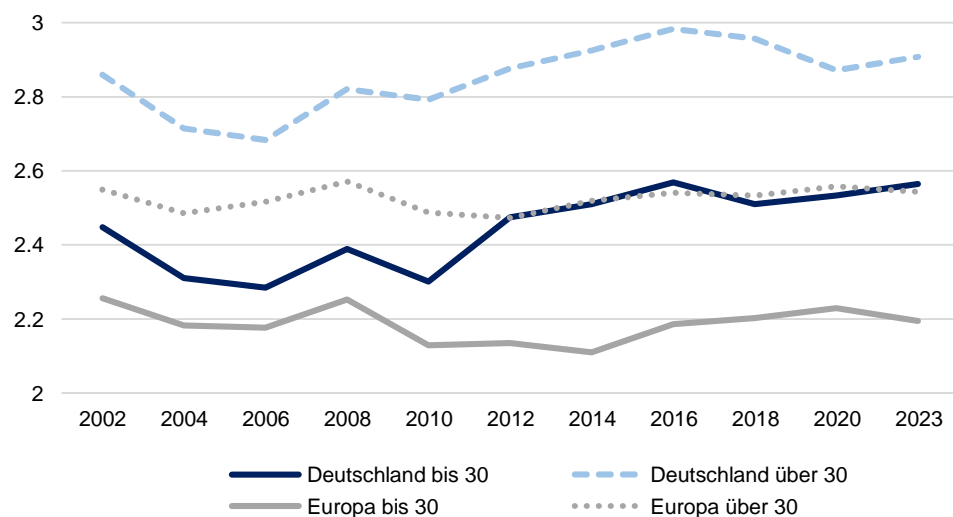
Die politische Partizipation junger Menschen ist ein zentraler Grundsatz in der europäischen sowie der deutschen Jugendpolitik (Council of Europe 2020; BMFSFJ 2019; Council of the European Union 2018). Politische Partizipation wird hierbei als Mittel zur Förderung des demokratischen Bewusstseins und der demokratischen Werte unter jungen Menschen in Deutschland und Europa betrachtet. Sowohl die EU, der Europarat als auch die Bundesregierung argumentieren, dass eine verstärkte politische Partizipation junger Menschen zur Stärkung eines demokratischen Europas führen wird. Dahinter steht der Leitgedanke, dass integrative Partizipationserfahrungen – nicht nur, aber vor allem in Bezug auf politische Prozesse – die Affinität junger Menschen zur demokratischen Kultur festigen. In diesem Infosheet der Arbeitsstelle europäische Jugendpolitik am Deutschen Jugendinstitut werden auf der Basis des European Social Surveys (ESS) 2002 bis 2023 Fakten zur politischen Partizipation junger Menschen und ihrer Affinität zur demokratischen Kultur in Deutschland und Europa präsentiert und Handlungsempfehlungen für (jugend-)politische Maßnahmen der Demokratieförderung gegeben.

Das ESS ist eine quantitative Befragung, die Einstellungen, Überzeugungen und Verhaltensmuster verschiedener Bevölkerungsgruppen in Europa erfasst. Mit ihrer relativ großen Datenbasis ermöglicht sie sowohl Länder- als auch Subgruppenvergleiche. Die für dieses Infosheet vorgenommenen Analysen vergleichen die Antworten junger Menschen im Alter von 16 bis 30 Jahren in Deutschland mit denen ihrer Altersgenoss:innen in Europa sowie mit den Antworten älterer Menschen. Beim ESS Datensatz handelt es sich um seit 2002 erhobene Individualdaten von Personen, die alle zwei Jahre erhoben.

2 Politisches Interesse

Politisches Interesse ist eine wichtige Voraussetzung für politische Partizipation und ein wesentlicher Faktor für demokratische Einstellungen und demokratisches Handeln. Die Daten des ESS von 2023 zeigen deutlich, dass das politische Interesse der jungen Menschen (der 16- bis 30-Jährigen) in Deutschland höher ist als im europäischen Durchschnitt (Abb. 1). Auf der im ESS verwendeten vierstufigen Skala zur Erfassung des politischen Interesses liegen die deutschen jungen Menschen mit einem Mittelwert von 2.5 um einen Drittel-Skalenpunkt höher als ihre Altersgenoss:innen in Europa (2.2). Auch zeigt die Betrachtung der Zeitreihe, dass seit 2010 das politische Interesse der jungen Menschen in Deutschland angestiegen ist, was sich in den anderen europäischen Ländern für diese Altersgruppe nicht beobachten lässt. Insgesamt sind jüngere Menschen deutlich weniger an Politik interessiert als ältere.

Abb. 1: Politisches Interesse in Deutschland und Europa nach Altersgruppen seit 2002, Mittelwerte



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der ESS-Daten.

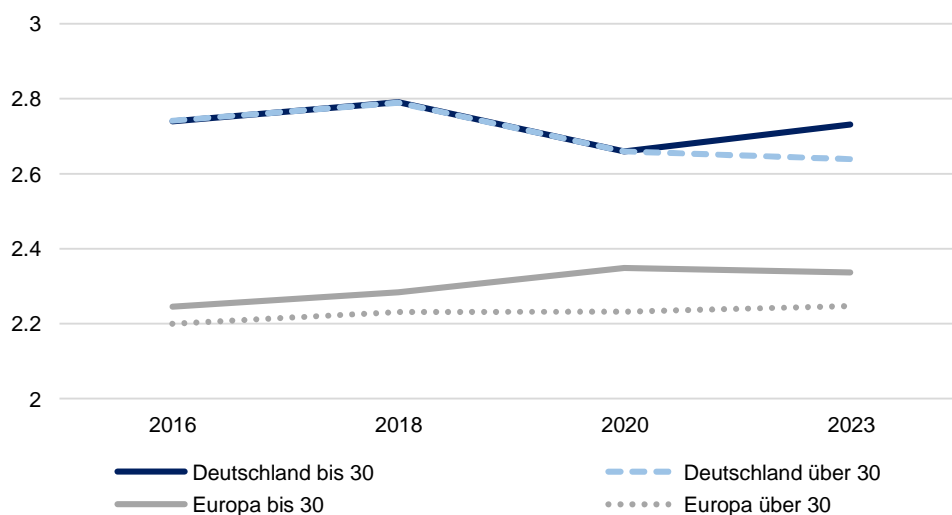
Anmerkungen: Angegeben sind die Mittelwerte beider Altersgruppen für Deutschland und Europa, einige europäische Staaten ohne Deutschland (Schweiz, Finnland, Vereinigtes Königreich, Ungarn, Irland, Niederlande, Norwegen, Slowenien) auf einer vierstufigen Skala von 1 = „gar nicht interessiert“ bis 4 = „sehr interessiert“. Itemtext: „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“. Fallzahlen (2023): Deutschland: N = 2 420, Europa: N = 13 046.

3 Politische Selbstwirksamkeitserwartung

Demokratische Teilhabe setzt voraus, Vertrauen in die eigenen politischen Kompetenzen (wie politische Urteils- und Handlungsfähigkeit sowie politisches Wissen) zu besitzen. Ein Indikator für dieses Vertrauen sind die subjektiven Einschätzungen von Personen, ob sie sich in der Lage sehen, genannte Fähigkeiten im politischen Prozess einzusetzen. Dies kann als die politische Selbstwirksamkeitserwartung bezeichnet werden. Die Ergebnisse im Hinblick auf den Vergleich der politischen Selbstwirksamkeitserwartung nach Altersgruppen und zwischen Personen aus Deutschland und aus anderen europäischen Ländern sind in Abb. 2 abgebildet.

Die Menschen in Deutschland haben in den Jahren seit 2016 durchgängig eine deutlich höhere politische Selbstwirksamkeitserwartung als die im übrigen Europa. Zwischen den Altersgruppen bis 30 Jahre und über 30 Jahre besteht weder in Deutschland noch in Europa insgesamt (ohne Deutschland) ein Unterschied. Es ist auch festzuhalten, dass die Werte für die politische Selbstwirksamkeitserwartung bei den Befragten in Deutschland und in Europa (ohne Deutschland) unter dem Skalenmittel von 3.0 liegen, also relativ niedrig sind. Das heißt, die Menschen (die jungen wie die älteren, in Deutschland und Europa) haben nur relativ wenig Vertrauen in ihre Fähigkeiten, sich an der Politik zu beteiligen.

Abb. 2: Politische Selbstwirksamkeitserwartung in Deutschland und Europa seit 2016 nach Altersgruppen, Mittelwerte



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der ESS-Daten.

Anmerkungen: Dargestellt sind die Mittelwerte des Items „Vertrauen in die eigene Fähigkeit, sich an der Politik zu beteiligen“ von 1 = „überhaupt kein Vertrauen“ bis 5 = „vollkommenes Vertrauen“. Fallzahlen (2023): Deutschland: N = 2 384, Europa: N = 12 921.

Dieses Ergebnis sollte insbesondere im Kontext der Maßnahmen zur Demokratieförderung aufhorchen lassen, da die politische Selbstwirksamkeitserwartung ein wichtiger Schlüsselfaktor für die politische Partizipation und damit auch für das demokratische Handeln ist.

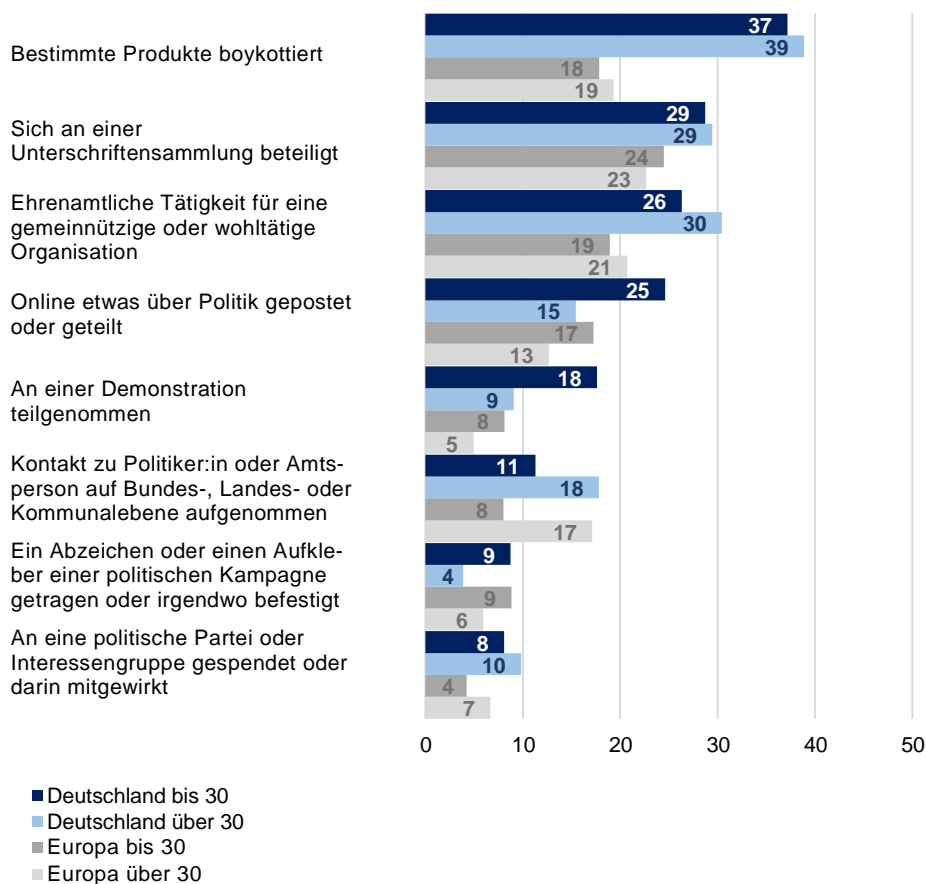
4 Politische Partizipation

Politische Partizipation meint diejenigen Aktivitäten, die intentional auf eine Beeinflussung des politischen Systems gerichtet sind. In Abb. 3 sind Items zur politischen Partizipation für die Altersgruppen der bis einschließlich 30-Jährigen und der Älteren sowie in Deutschland und Europa getrennt abgebildet. Der Fragetext lautet: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten 12 Monate“ beispielsweise Produkte boykottiert, ehrenamtlich für eine Organisation gearbeitet, online etwas über Politik gepostet?

Aus der Abbildung lassen sich folgende Hinweise auf die Nutzung verschiedener Formen politischer Partizipation durch junge und ältere Menschen in Deutschland und im europäischen Durchschnitt herauslesen: Für beide Altersgruppen in Deutschland gilt, dass der politisch motivierte Boykott von Waren am häufigsten genannt wurde. Diese Form der Einflussnahme ist in Deutschland im Unterschied zu den anderen europäischen Ländern stärker verbreitet. Auffällig ist des Weiteren, dass in Deutschland junge wie ältere Menschen im Vergleich zu Europa häufiger angeben, sich ehrenamtlich zu engagieren. Die Menschen in Deutschland sind also aktiver als im europäischen Durchschnitt.

Jugendliche unterscheiden sich in Europa und Deutschland hinsichtlich ihrer Beteiligungsformen dahingehend, dass sie zu einem größeren Anteil an Onlineaktivitäten teilnehmen und ein größerer Anteil bei Demonstrationen dabei war und Abzeichen oder Aufkleber getragen haben. Hingegen suchen Personen über dreißig zu einem höheren Anteil den persönlichen Kontakt zu Politiker:innen oder Amtspersonen. Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen lassen sich in Deutschland und im europäischen Durchschnitt beobachten.

Abb. 2: Politische Partizipation nach Altersgruppen in Deutschland und im europäischen Durchschnitt (ohne Deutschland) im Jahr 2023, Anteil der in den vergangenen 12 Monaten aktiven Personen in Prozent

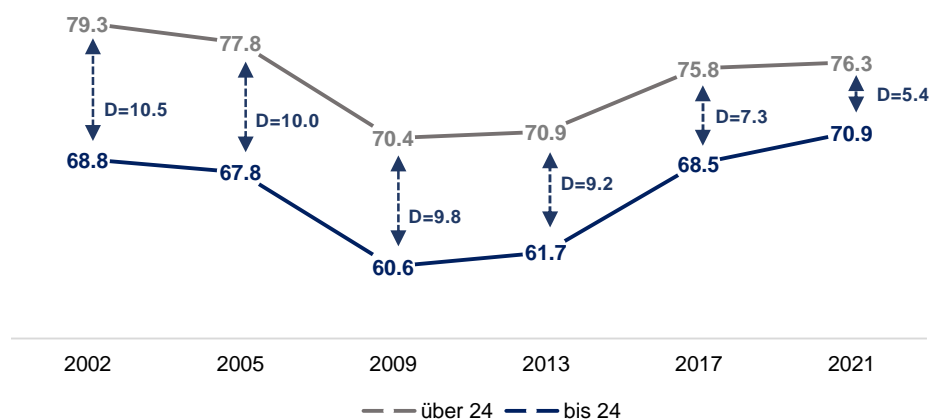


Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der ESS-Daten (2023).

Anmerkungen: Politische Partizipation nach Altersgruppen. Angegeben sind die relativen Häufigkeiten der Nennungen der jeweiligen Form der politischen Beteiligung innerhalb der letzten 12 Monate. Fallzahl: EU N > 12 950 Deutschland N > 2 400.

Die Teilnahme an Wahlen ist ein weiterer Indikator für politische Beteiligung. Für Deutschland ergibt sich folgendes Bild (Abb. 4). Sichtbar werden ein positiver Trend und die parallele Entwicklung über die Zeit bei beiden Altersgruppen. Erkennbar ist darin ein Absinken der Wahlbeteiligung zwischen 2005 und 2013 sowie ein seit 2013 zu beobachtender Anstieg.

Abb. 3: Wahlbeteiligung in Deutschland bei Bundestagswahlen nach Altersgruppen seit 2002, in Prozent



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Daten der repräsentativen Bundestagswahlstatistik des Statistischen Bundesamts (2023).

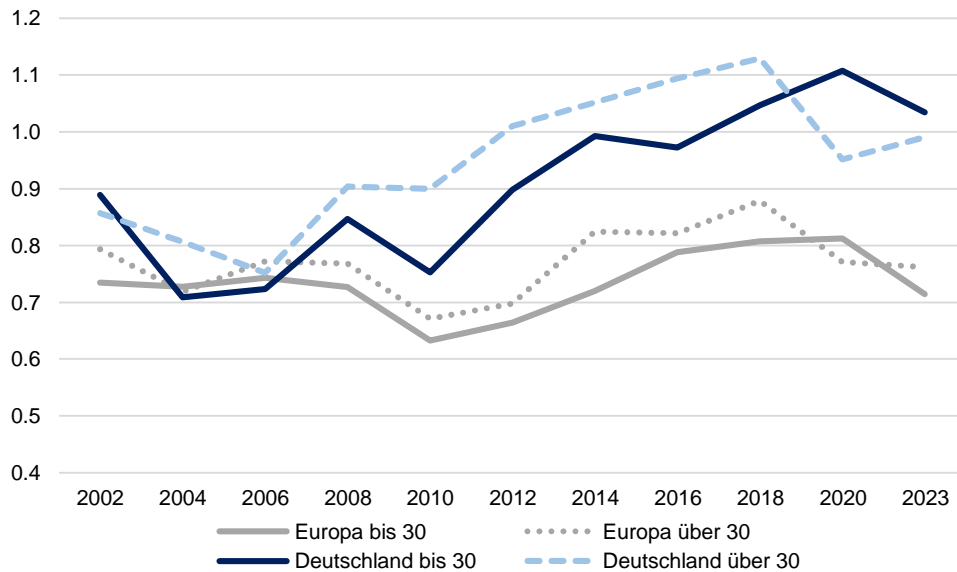
Anmerkungen: Nicht wie in den übrigen Abbildungen wird hier die Altersgruppe der über 24-Jährigen mit der der bis 24-Jährigen verglichen. Das liegt daran, dass die dargestellten Werte auf der amtlichen Wahlstatistik basieren, da diese exakter ist als die Daten des ESS, diese aber nicht die Auswertung nach der sonst in diesem Policy Brief verwendeten Altersgruppeneinteilung zulässt.

Besonders interessant erscheint die Tatsache, dass sich die Differenz zwischen den Altersgruppen stetig verringert hat, von 10,5 Prozentpunkten im Jahr 2002 auf 5,4 Prozentpunkte im Jahr 2021. Diese Halbierung in den letzten zwei Jahrzehnten ist dadurch begründet, dass die Wahlbeteiligung junger Menschen leicht gestiegen und die der älteren leicht abgesunken ist.

Für die politische Partizipation in Deutschland im europäischen Vergleich ergibt sich folgendes Bild. Die Entwicklung der Werte des Index für Partizipation ist in Abb. 5 dargestellt. Ausgehend von der Situation im Jahr 2004, als die Werte für den Partizipationsindex für die jungen Menschen in Deutschland den tiefsten Punkt erreichten, gab es in Deutschland einen Anstieg um knapp einen halben Skaleneinheit bis 2020, mit Einbrüchen 2010 und 2016. Auch im Jahr 2023 ist der Wert für die jungen Menschen in Deutschland wieder gesunken. Der Unterschied zwischen den Altersgruppen hat sich in diesem Zeitraum immer wieder reduziert und für das Jahr 2020 sogar umgekehrt.

In Deutschland und Europa lag also der Wert des in dieser Berechnung verwendeten Partizipationsindex bei den jungen Menschen 2020 höher als bei den älteren. Im europäischen Durchschnitt hat sich das Partizipationsverhalten und auch das Verhältnis zwischen den Altersgruppen im Jahr 2023 wiederum umgekehrt. Das korrespondiert mit der zu beobachtenden Entwicklung in Deutschland.

Abb. 4: Politische Partizipation (Index) in Europa und Deutschland zwischen 2002 und 2023 nach Altersgruppen, Mittelwerte



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der ESS-Daten.

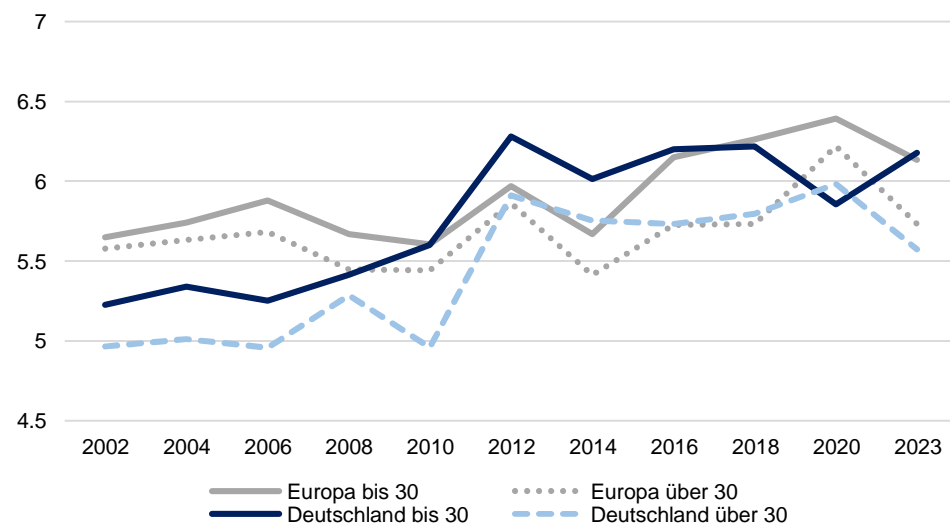
Anmerkungen: Fallzahlen (2023): Deutschland: N=2 408, Europa: N=12 723. Die Intensität der politischen Partizipation wurde im vorliegenden Fall durch einen additiven Index abgebildet, der vier Items beinhaltet. Es handelt sich um die nominal skalierten Merkmale „In den letzten 12 Monaten Kampagnenabzeichen/Aufkleber getragen oder angebracht“, „Kontakt zu Politikern oder Regierungsbeamten aufgenommen“, „bestimmte Produkte boykottiert“, „eine Petition unterzeichnet“. Die Antwortmöglichkeiten „Ja“ und „Nein“ wurden jeweils mit „Ja“ Wert = 1 und „Nein“ Wert = 0 codiert. Für den Index wurde dann die Summe der Einzelitems gebildet. Für die politische Partizipation ergibt sich somit ein Index mit linkssteiler Verteilung mit einem Wertebereich von Min = 0 bis Max = 4. Höhere Werte des Index stehen für ein höheres Maß an politischer Partizipation.

5 Zufriedenheit mit der Demokratie

Ein wichtiger Indikator für die Unterstützung der Bürger:innen für das politische System ihres Landes ist ihre Einschätzung, wie gut die Demokratie in ihrem Land funktioniert. Das Erhebungsinstrument des ESS erfasst dieses Merkmal über die Frage „Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Ihrem Land funktioniert?“. Die Antwortmöglichkeiten können auf einer 11-stufigen Skala von 0 „äußerst unzufrieden“ bis 10 „äußerst zufrieden“ gegeben werden.

Bei der Beantwortung dieser Frage geben die Befragten keine direkte Beurteilung etwa der Regierungsarbeit ab, sondern bewerten im Allgemeinen, ob sie grundsätzlich der Meinung sind, die Demokratie sei funktionsfähig. In Abb. 6 ist die Entwicklung der Zufriedenheitswerte mit der Demokratie in Deutschland im Vergleich zu Europa und nach Altersgruppen seit der Jahrtausendwende bis 2023 dargestellt.

Abb. 5: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland und Europa nach Altersgruppen seit 2002, Mittelwerte



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der ESS-Daten.

Anmerkungen: Dargestellt sind die Mittelwerte des 11-stufigen Items „Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Ihrem Land funktioniert?“ von 0 = „extrem unzufrieden“ bis 10 = „extrem zufrieden“. Fallzahlen (2023): Europa: N = 12 619, Deutschland N = 2 399.

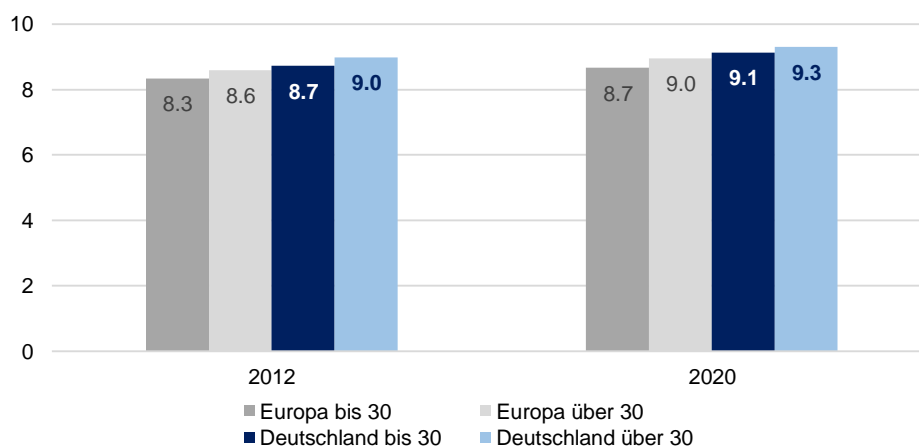
Zunächst zeigt sich, dass insgesamt die Werte für alle betrachteten Länder knapp über dem Skalenmittel von fünf liegen und eine leicht steigende Tendenz zu beobachten ist. Das heißt, die Bürger:innen sind durchaus ambivalenter Ansicht hinsichtlich der Funktionsfähigkeit der Demokratie in ihren nationalen Gesellschaften, auch wenn sich die Skepsis etwas reduziert hat. Für Deutschland und die anderen in Europa betrachteten Länder gilt, dass sich junge Menschen in den letzten zwei Jahrzehnten zufriedener zeigten als die älteren. In Deutschland hatte sich dieses Verhältnis zwischen 2018 und 2020 umgedreht. Bei der jüngsten Erhebung 2023 äußerten sich die jungen Menschen in Deutschland dann wieder positiver über das Funktionieren der Demokratie als die älteren.

6 Einstellungen gegenüber der Demokratie

Die Aufrechterhaltung demokratischer Werte ist nur möglich, wenn die Menschen diese Werte auch teilen. Ob dies der Fall ist, zeigt die Entwicklung der Einstellung der Bevölkerung gegenüber diesen Werten.

Das Erhebungsinstrument des ESS beinhaltet einige Items, die die Einstellung der Befragten zur Demokratie erfassen. Eines ist das Item mit dem Fragetext „Wie wichtig ist es für Sie, in einem Land zu leben, das demokratisch regiert wird?“. Diese Frage wurde den Studienteilnehmenden 2012 und 2020 gestellt. Es handelt sich um ein 11-stufiges Item mit dem Wertebereich 0 „überhaupt nicht wichtig“ bis 10 „äußerst wichtig“. Abb. 7 bietet eine Übersicht über die Mittelwerte des Items im Jahresvergleich und nach Altersgruppen.

Abb. 6: Beurteilung der subjektiven Bedeutung in einer Demokratie zu leben in Europa und Deutschland 2012 und 2020 nach Altersgruppen, Mittelwerte



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der ESS-Daten.

Anmerkungen: Item: „Wie wichtig ist es für Sie, in einem Land zu leben, das demokratisch regiert wird?“. 11-stufiges Item mit dem Wertebereich 0 = „überhaupt nicht wichtig“ bis 10 = „äußerst wichtig“. Fallzahlen (2020): Europa: N = 23 486, Deutschland N = 8 623.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Mittelwerte extrem hoch sind. Die allermeisten der Befragten sehen uneingeschränkt in der Demokratie die anerkannte und gewünschte Regierungsform. Dieser Befund ist für Deutschland noch deutlicher als für die anderen europäischen Länder. Des Weiteren ist die Zustimmung im Jahr 2020 deutlich höher als 2012.

Auch wenn die Ursache für diese Steigerung der Werte aus den Daten heraus nicht geklärt werden kann, ist in jedem Fall festzuhalten, dass die Befunde gegen eine Abnahme der demokratischen Orientierung der Menschen im Beobachtungszeitraum bis 2020 sprechen. Auch die dahingehend viel diskutierte Mitte-Studie, dass der Rückhalt für die Demokratie in Deutschland im Schwinden ist, liefert für ver-

gleichbare Merkmale, etwa Einzelitems zur Selbsteinschätzung demokratischer Ideale, extrem hohe Werte (vgl. Küpper u.a. 2021, S. 51). Das spricht gegen die These einer messbaren Abkehr von der Demokratie. Auch der nur moderat positive Zusammenhang zwischen der Beurteilung der Wichtigkeit der Demokratie und der Zufriedenheit mit ihrem Funktionieren verweist auf eine ausgeprägte demokratische Orientierung. Dieser liegt in Deutschland ausgedrückt als Korrelation bei $r = .22$. Dieser Effekt ergibt sich in gleicher Weise für die Gruppe der bis 27-Jährigen ($r = .22$). Das bedeutet, dass die Unterstützung der Demokratie nicht so stark von der Zufriedenheit mit ihrer Funktionsfähigkeit abhängt.

Dieser Befund spricht also nicht gerade für die Gefahr, dass sich die Menschen gleich von der Demokratie abwenden, wenn sie Probleme wahrnehmen. Allerdings müssen kommende Datenerhebungen zeigen, ob dieser Zusammenhang auch stabil bleibt. Hervorzuheben ist des Weiteren, dass es älteren Menschen in Deutschland und in den anderen europäischen Ländern wichtiger erscheint, in einer Demokratie zu leben als den jüngeren, auch wenn diese Unterschiede für Deutschland und Europa nur gering sind.

7 Exkurs: Demokratieverbundenheit nach Parteienpräferenz

In einem kleinen Exkurs zur Relevanz des Items der subjektiven Wichtigkeit in einer Demokratie zu leben und auch zu seiner Tauglichkeit als Indikator für die Demokratieverbundenheit, werden im Folgenden die Befunde zu den Mittelwerten in Verbindung mit der Parteienpräferenz dargestellt. Die Ergebnisse sind hier sehr eindeutig. In Deutschland beantworten die Befragten, die von sich angeben, einer rechtsextremen Partei nahezustehen, die subjektive Wichtigkeit in einer Demokratie zu leben im Mittelwert mit 8.4 (Standardabweichung = 2.4, N = 199), und damit um mehr als einen ganzen Skalenpunkt niedriger als die Befragten mit einer anderen Parteienpräferenz (Mittelwert = 9.6, Standardabweichung = 1.2, N = 3 976). Dieser Mittelwertunterschied ist statistisch signifikant und von großer Effektstärke (Cohen's $d=0.94$). Dieser Befund lässt das häufig verlautbarte Bekenntnis rechter Parteien, sie stünden ebenso wie alle anderen Parteien uneingeschränkt hinter den demokratischen Werten, in einem kritischen Licht erscheinen, wenn ein großer Anteil ihrer Anhängerschaft die Demokratie offensichtlich für weniger wichtig hält.

8 Kontextfaktoren

Die Kontextfaktoren, die politisches und gesellschaftliches Engagement und die Einstellung gegenüber der Demokratie insbesondere bei jungen Menschen beeinflussen, können durch die Berechnung von Zusammenhangsanalysen untersucht werden. Die Richtungen dieser Zusammenhänge – berechnet auf der Grundlage verschiedener Surveys und Jugendbefragungen – sind in Tab. 1 dargestellt. Ein wichtiger Befund dabei ist, dass das gesellschaftliche Engagement bei jungen Menschen zwischen 11 und 27 Jahren mit steigendem Alter zunimmt. Die Daten der Jugendbefragungen ermöglichen es auch, zu untersuchen, was die Bereitschaft für ein zukünftiges soziales Engagement junger Menschen beeinflusst.

Zum Beispiel ist in der Befragung „Umwelt, Wohlbefinden und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen“ (ZEFIR 2023) abhängige Variable das binär codierte Merkmal der jungen Menschen, ob sie denken, dass sie sich in Zukunft sozial engagieren. Knapp 63 Prozent aller befragten jungen Menschen ($N = 3\,113$) geben dies an. Die erwartete Wahrscheinlichkeit, sich zukünftig zu engagieren, ist bei jungen Männern niedriger als bei jungen Frauen. Auch die Jüngeren (11 bis 14 Jahre) prognostizieren es für sich mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit, ebenso diejenigen, die höhere Werte auf der Wohlstandsskala erreichen.

In Studien, die die tatsächliche politische Beteiligung vorhersagen, zeigen sich deutliche Unterschiede zur beabsichtigten Beteiligung. Für die tatsächliche Beteiligung für Frauen prognostizieren die Berechnungen einen niedrigeren Wert als für Männer. Das Einkommen hat hingegen einen positiven Effekt, der Migrationshintergrund einen negativen. Das heißt, junge Menschen aus wohlhabenden Verhältnissen engagieren sich eher, Menschen mit Migrationshintergrund weniger. Der Geschlechtereffekt und der Effekt der Wohlstand messenden Variablen sind also beim tatsächlichen und dem angestrebten Engagement umgedreht. Dieser Befund ist so zu interpretieren, dass sozial schlechter gestellt zu sein, einen wesentlichen Hinderfaktor für die tatsächliche Realisierung sozialen Engagements darstellt, der sich erst im späteren Lebensverlauf voll manifestiert.

Auch der wichtige Indikator für eine demokratiefreundliche Einstellung bei jungen Menschen (Einschätzung der Wichtigkeit, in einer Demokratie zu leben) lässt sich durch die Berechnung von Zusammenhangsanalysen genauer untersuchen.

Diese lassen einen Geschlechter- und einen Effekt des Migrationshintergrundes vermuten. Für Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund prognostiziert das Modell niedrigere Werte bei der positiven Beurteilung der Demokratie. Außerdem spricht es von einem positiven Bildungseffekt in dem Sinne, dass das Modell für Personen mit einem hohen Bildungshintergrund höhere Werte auf dieser Zustimmungsskala zur Demokratie vorhersagt.

Tab. 1: Richtung der Zusammenhänge zwischen Kontextfaktoren und der Partizipation sowie der Einstellung gegenüber der Demokratie

Einflussfaktoren / abhängige Variablen	Subjektiv vorausgesehene Beteiligung in der Zukunft (11-18 Jahre)	Tatsächliche Beteiligung (16-27 Jahre)	Wichtigkeit, in einer Demokratie zu leben (14-22 Jahre)
Geschlecht (weiblich)	+	-	-
Alter	+	+	/
Migrationshintergrund	/	-	-
Großstadt (>100 000)	k. D.	/	/
Ost-Westdeutschland	k. D.	/	/
Bildungsniveau	k. D.	/	+
Wohlstand	-	+	k. D.

Anmerkungen: Die Informationen dieser Tabelle beziehen sich auf Berechnungen von Regressionsmodellen (aus Rottach/Wielath 2024) auf Basis der Befragung „Umwelt, Wohlbefinden und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen“ (ZEFIR 2023), des „German Internet Panels“ (Universität Mannheim 2023) und der Befragung „Zukunft Jugend fragen“ (Frick u.a. 2023); „+“ steht für einen positiven, „-“ für einen negativen, „/“ für keinen messbaren Zusammenhang „k. D.“ heißt, dass zur Berechnung Daten verfügbar sind.

9 Junge Menschen und die Gestaltung und Aufrechterhaltung einer demokratischen Gesellschaft

Die präsentierten Ergebnisse zeigen, wie Interessen, Haltungen und Überzeugungen, Einschätzungen sowie politische und gesellschaftliche Beteiligungsformen positiv auf die lebendige Gestaltung und Aufrechterhaltung einer demokratischen Gesellschaft wirken können. Folgende Chancen für die Nutzung der Potenziale, die in den Haltungen und Handlungsweisen junger Menschen in Deutschland für die Bewahrung und Entwicklung der Demokratie liegen, können identifiziert werden:

- a) **Die große Mehrheit junger Menschen in Deutschland hat eine demokratische Grundüberzeugung!**
 - Der Rückhalt für die Demokratie ist im europäischen Vergleich bei jungen Menschen in Deutschland extrem hoch und stieg zwischen 2016 und 2020 an. Junge Menschen vertreten fast uneingeschränkt die Ansicht, dass die Demokratie die wünschenswerte Regierungsform ist.
 - Die Daten aus 2020 geben Hinweise darauf, dass das Bewusstsein dafür gewachsen ist, dass die Demokratie geschützt werden muss und sie als bedroht wahrgenommen wird.
- b) **Die Unzufriedenheit mit der Regierung ist nicht mit Unzufriedenheit mit der Demokratie als Staatsform gleichzusetzen!**
 - Junge Menschen waren 2020, im Vergleich zu früher, in Deutschland etwas weniger zufrieden mit der Demokratie als die älteren Menschen (über 30-Jährigen). Es gibt jedoch keinen empirisch begründeten Anlass zu der Vermutung, dass der beobachtete leichte Rückgang der Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie bei den jungen Menschen zu einer Ablehnung der Demokratie als Regierungsform führt, gerade auch, weil diese Differenz 2023 nicht mehr beobachtet werden kann.
 - Im Hinblick auf Maßnahmen der Demokratieförderung ist es wichtig, zusammen mit jungen Menschen darauf hinzuarbeiten, dass die Themen und Herausforderungen, die diese Unzufriedenheit hervorrufen und von ihnen als bedeutsam erachtet werden, in Politik und pädagogischer Praxis aufgegriffen werden.
- c) **Vorhandenes politisches Interesse nutzen und stärken!**
 - Das politische Interesse ist ein entscheidender Faktor für die politische Partizipation und damit für die Entwicklung demokratiefreundlicher Einstellungen.
 - Das politische Interesse der jungen Menschen in Deutschland ist (im internationalen Vergleich) im Zeitraum 2010-2023 gestiegen und es lässt sich kein negativer Trend beim politischen Interesse für die jungen Menschen in Deutschland erkennen.
 - Politisches Interesse sollte in politischen Vorhaben zur Demokratieförderung besondere Berücksichtigung finden. Die Daten zeigen, dass ein großer Anteil

junger Menschen in Deutschland Interesse an Politik hat, eine gute Ausgangslage für Maßnahmen der Demokratieförderung.

d) Erfahrungen der politischen Selbstwirksamkeit ermöglichen!

- Die politische Selbstwirksamkeitserwartung beeinflusst die Wahrscheinlichkeit junger Menschen, sich sozial und politisch zu engagieren und ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für das demokratische Handeln junger Menschen.
- Die Daten zeigen, dass junge Menschen in Deutschland im europäischen Vergleich eine hohe politische Selbstwirksamkeitserwartung haben.
- Indem jungen Menschen gezielt Erfahrungen politischer Selbstwirksamkeitserwartung ermöglicht werden, kann politische Partizipation und demokratisches Handeln junger Menschen durch politische Maßnahmen gestärkt werden.

e) Einfluss von sozioökonomischen Kontextfaktoren auf soziales und politisches Engagement erforschen!

- Die politische Partizipation junger Menschen als Voraussetzung für die Demokratie ist in Deutschland gestiegen: Es gibt im Unterschied zum europäischen Durchschnitt positive Entwicklungen sowohl bei der Wahlbeteiligung als auch bei anderen Formen der Partizipation.
- Die Bereitschaft zum politischen Engagement ist in der frühen Jugendphase (etwa bis zur Volljährigkeit) unabhängig von sozioökonomischen Kontextfaktoren. In der späteren Jugendphase wird politisches und soziales Engagement stärker von Kontextfaktoren wie Geschlecht, Migrationshintergrund, Bildungsstand und schwieriger sozialer Lage bestimmt.
- Eine Aufgabe für die Förderung der Demokratie besteht darin, gezielt dazu beizutragen, dass das Engagement aus den früheren Jugendjahren bei Frauen, bei Menschen mit Migrationshintergrund, niedrigerer Bildung und in schwierigen sozialen Lagen (z. B. Armut) in das junge Erwachsenenalter hinein erhalten bleiben kann.

10 Literatur

- BMFSFJ (2019): In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend. Die Jugendstrategie der Bundesregierung. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Carpentier, Nico (2012): The concept of participation. If they have access and interact, do they really participate? In: revista Fronteiras – estudos midiáticos, 14. Jg., H. 2, 164-177
- Council of Europe (2020): Resolution on the Council of Europe youth sector strategy 2030. Adopted by the Committee of Ministers on 22 January 2020 at the 1365th meeting of the Ministers' Deputies. CM/Res(2020)2
- Council of the European Union (2018): Resolution of the council of the European Union and the representatives of the governments of the member states meeting within the council on a framework for european cooperation in the youth field: The European Union youth strategy 2019-2027. 2018/C 456/01
- Frick, Vivian/Gossen, Maike/Holzhauser, Brigitte/Winter, Florin (2023): Zukunft? Jugend fragen! 2021. Abschlussbericht. Institut für ökologische Wirtschaftsforschung
- Held, David (2006): Models of democracy. 3. ed. Cambridge
- Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm/Zick, Andreas/Rump, Maike (2021): Volkes Stimme – antidemokratische und populistische Einstellungen. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Schröter, Franziska (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn
- Rottach, Andreas/Wielath, Svenja (2024): Sekundäranalysen nationaler und internationaler Datenbasen. Teilbericht 3 des Projekts „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“. DJI. München
- Universität Mannheim (2023): German Internet Panel. <https://www.uni-mannheim.de/gip/>
- ZEFIR (2023): Befragung "Umwelt, Wohlbefinden und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen". (Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung). <https://entdecke-uwe.de/de/startseite>
- BMFSFJ (2019): In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend. Die Jugendstrategie der Bundesregierung. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Albrecht, Stefan (1991): Jugendverbände und Rechtsextremismus. In: Böhnisch, Lothar/Gängler, Hans/Rauschenbach, Thomas (Hrsg.) (1991): Handbuch Jugendverbände. Eine Ortsbestimmung der Jugendverbandsarbeit in Analysen und Selbstdarstellungen. Weinheim/München, S. 454-466

11 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abb. 1:	Politisches Interesse in Deutschland und Europa nach Altersgruppen seit 2002, Mittelwerte.....	6
Abb. 2:	Politische Selbstwirksamkeitserwartung in Deutschland und Europa seit 2016 nach Altersgruppen, Mittelwerte.....	7
Abb. 3:	Politische Partizipation nach Altersgruppen in Deutschland und im europäischen Durchschnitt (ohne Deutschland) im Jahr 2023, Anteil der in den vergangenen 12 Monaten aktiven Personen in Prozent.....	9
Abb. 4:	Wahlbeteiligung in Deutschland bei Bundestagswahlen nach Altersgruppen seit 2002, in Prozent.....	10
Abb. 5:	Politische Partizipation (Index) in Europa und Deutschland zwischen 2002 und 2023 nach Altersgruppen, Mittelwerte.....	11
Abb. 6:	Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland und Europa nach Altersgruppen seit 2002, Mittelwerte.....	12
Abb. 7:	Beurteilung der subjektiven Bedeutung in einer Demokratie zu leben in Europa und Deutschland 2012 und 2020 nach Altersgruppen, Mittelwerte	13
Tab. 1:	Richtung der Zusammenhänge zwischen Kontextfaktoren und der Partizipation sowie der Einstellung gegenüber der Demokratie	17